

Protokolleintrag vom 17.11.2010

2010/476

Postulat von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 17.11.2010: Abbau der Integrationsbemühungen in der Stadt Zürich

Von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) ist am 17. November 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Integrationsbemühungen in der Stadt Zürich abgebaut werden können. Die existierenden Angebote sind dringend auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Deren Effizienz und Nachhaltigkeit sind für jedes einzelne Projekt nachzuweisen.

Begründung:

Ist die Integration von Immigranten wirklich Aufgabe des Staates resp. der Stadt Zürich? Der Integrationsartikel in der Bundesverfassung Art 121.a postuliert u.a. ein friedliches Zusammenleben von In- und Ausländern und erwartet vom Zuwanderer, dass er sich integriert. Das sind gut gemeinte, aber sehr vage Deklarationen. Die Integration liegt bald nicht mehr in der Verantwortung der Zugewanderten.

Der Staat baut dazu mehr und mehr einen Verwaltungsapparat auf, der Ausländern diese Bürde abnimmt. Es dominiert die Meinung, dass mit genügend Geld jedes Problem, auch die Integration von Zuwanderern zu lösen sei. Eine Gemeinde wie die Stadt Zürich soll nur dort lenkend eingreifen, wo dies notwendig ist. Das ist beispielsweise sinnvoll, wenn Immigrantenkinder in den Schulen gefördert werden. Doch sobald man zu viel des "Guten" tut, wird es kontraproduktiv. Es gibt Beispiele (USA, Kanada) die belegen, dass die Integration ohne staatliche Integrationsleistungen schneller und besser klappt! Wichtig ist ein gesundes Selbstbewusstsein der Einheimischen, an dem sich Zuwanderer orientieren können. Harte, klare Regeln und Forderungen an die Immigranten sind gefragt. Es ist fraglich, ob es richtig ist, wenn Ausländern, die immerhin freiwillig in die Schweiz ziehen, kostenlose Sprachkurse angeboten werden und dazu sogar aufgesucht und umworben werden. Es ist schlicht unsinnig, wenn Ämter mit Immigranten fremdsprachig kommunizieren, so dass diese über Jahre hinweg ohne Landessprache auskommen. Und es ist verheerend, wenn in Kindergärten und Primarschulen mit Ausländerkindern nur noch auf Hochdeutsch gesprochen wird. Die Erfahrung zeigt, dass viele Kinder am Schluss weder den landesüblichen Dialekt noch die Schriftsprache beherrschen. Mit ihrem Kauderwelsch sind sie in ihren beruflichen Perspektiven damit eingeschränkt.

Die unzähligen, vom Zürcher Steuerzahler mit Abermillionen Franken bezahlten Angebote für Zuwanderer sind auf ihre wirkliche Notwendigkeit zu überprüfen und deutlich zu reduzieren.

Mitteilung an den Stadtrat